



iran-report

Nr. 10/2007

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Rafsandschani neuer Vorsitzender der Expertenversammlung / Neuer Chef der Revolutionswächter / Kein Ende der Hinrichtungswelle / Fernsehserie thematisiert Holocaust / Internetseite Baztab verboten / Oliver Stone verschiebt Iran-Projekt / Gott und Mathe überzeugen Ahmadinedschad von Irans Sicherheit / Militärparade als Machtdemonstration / Google gesperrt

II. Wirtschaft

Teheran will 1,5 Milliarden Dollar zusätzlich für Benzinimporte / Türkei will auf Erdgas aus Iran nicht verzichten / USA warnen EU vor Iran als Gaslieferanten / Iran will Erdgasprojekt notfalls auch ohne Total umsetzen / US-Gericht verurteilt Iran wegen Terroranschlags zu Milliardenzahlung / US-Abgeordnetenhaus für verschärfte Energiesanktionen gegen Iran / Deutschland nicht mehr Irans führender Handelspartner

III. Außenpolitik

Frankreich droht Iran mit Krieg / Zeitschrift: Cheney wollte mit Intrigen Iran-Krieg herbeiführen / El Baradei: Iran keine "unmittelbare Bedrohung" / Laridschani: Iran setzt Uran-Anreicherung auch bei neuen Sanktionen fort / Hassan Rohanis Visite in Berlin / Mehr US-Verbündete im neuen IAEA-Gouverneursrat / Deutschland gerät im iranischen Atomstreit in die Zwickmühle / US-Senat will Irans Revolutionswächter als Terroristen einstufen / Ahmadinedschad in New York / Auszüge aus der Rede Ahmadinedschads vor der UN-Vollversammlung / New Yorker Polizei verwehrt Ahmadinedschad Besuch am Ground Zero / US-Stützpunkt an iranischer Grenze / Chamenei vergleicht Bush mit Hitler und Saddam / US-Soldaten nahmen einen Iraner im Irak fest / Iran schließt Grenze zum Irak / NATO-Truppen beschlagnahmten iranische Waffen in Afghanistan / Venezuela und Iran: engere Kooperation / Menschenrechtspreis für Zarafschan



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 11/2007 Anfang November) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Oktober 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Rafsandschani neuer Vorsitzender der Expertenversammlung

Die Expertenversammlung müsse wieder aktiviert werden und sich den ihr zugeschriebenen Aufgaben voll widmen, sagte der frisch gewählte Vorsitzende der Expertenversammlung Ali Akbar Hachemi Rafsandschani. Die Bedeutung dieser Ankündigung geht weit über ähnliche Erklärungen hinaus, die führende Politiker bei der Übernahme eines neuen Amtes abgeben. Denn die 86-köpfige Expertenversammlung, in der auserlesene, einflussreiche Geistliche versammelt sind, hat die Aufgabe, den Revolutionsführer zu wählen und nötigenfalls abzusetzen und dessen Aktivitäten und Entscheidung zu kontrollieren. Von dieser Kompetenz hat die Expertenversammlung seit der Wahl des Revolutionsführers Ali Chamenei vor 18 Jahren keinen Gebrauch gemacht. Dass Chamenei damals die Nachfolge Ayatollah Chomeinis antreten durfte, hat er nicht zuletzt Rafsandschani zu verdanken. Rafsandschani machte seinen Einfluss geltend und erreichte, dass die schiitische Geistlichkeit, wenn auch mit Widerwillen, Chamenei als religiösen Führer akzeptierte. Rafsandschani selbst übernahm einen Monat nach der Wahl Chameneis das Amt des Staatspräsidenten.

Die Ankündigung Rafsandschanis, die Expertenversammlung zu aktivieren, bedeutet zwar nicht, dass er, trotz inzwischen kaum überbrückbarer Differenzen zu Chamenei, soweit gehen würde, um die Absetzung des Revolutionsführers zu betreiben. Aber er wird vermutlich dafür sorgen, dass die Amtsgeschäfte Chameneis unter die Lupe genommen werden. Und die umfassen ein weites Feld. Denn wichtige Organe des islamischen Gottesstaates werden nicht vom Parlament kontrolliert, sie unterstehen direkt dem Revolutionsführer. Dazu zählen, um nur die wichtigsten zu nennen, die Streitkräfte, die Revolutionswächter, die Geheimdienste, die Justiz. Die Einmischung der Expertenversammlung in diese Angelegenheiten würde zum starken Abbau der absoluten Macht des Revolutionsführers führen. Rafsandschani forderte sogar die Presse auf, künftig mehr über die Aktivitäten des Expertenrats zu berichten. Auch diese Forderung war eindeutige Provokation. Denn gerade am Vortag hatte Chamenei jene Kommentatoren,

die die Wahl des Vorsitzenden der Expertenversammlung mit den Fraktions- und Machtkämpfen im islamischen Gottesstaat in Zusammenhang gebracht hatten, beschimpft und als „missgünstige und ungezogene Journalisten“ bezeichnet, die im Einklang mit ausländischen Geheimdiensten Zwietracht stiften wollten. Der Expertenrat könnte mit der Wahl Rafsandschanis wie ein Damoklesschwert eine stetige Bedrohung für den Revolutionsführer darstellen und ihn zu Kompromissen zwingen.

Dass der Machtkampf im Iran so heftig tobt, wie seit Bestehen der Islamischen Republik nicht, kann vielleicht nur der Revolutionsführer leugnen. Dieser Machtkampf, der spätestens seit der Amtsübernahme des Staatspräsidenten Ahmadinedschad ganz offen und zunehmend heftiger ausgetragen wird, hat sogar, wie die Kommentatoren berichteten, die Expertenversammlung, die bislang als Schaufenster für Einheit der schiitischen Geistlichkeit präsentiert wurde, heimgesucht. Noch vor wenigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass der Ultrakonservative Ahmad Djannati gegen den konservativen Pragmatiker Rafsandschani antritt. Die Radikalisierung um Ahmadinedschad, die mit ihrem Kandidaten Djannati auch die Expertenversammlung erobern wollten, hatten im Vorfeld der Wahl keine Chance verstreichen lassen, um Rafsandschani zu diskreditieren. Der 7. Band seiner Memoiren, in dem er schreibt, Chomeini habe dem Vorschlag zugestimmt, die Parole „Tod den USA“ fallen zu lassen, wurde wenige Tage nach dem Erscheinen von der Zensur verboten und eingezogen.

Dabei hatten die Radikalen mit ihrem Kandidaten Djannati den höchst möglichen Trumpf ausgespielt. Denn Djannati ist kein geringerer als der langjährige Vorsitzende des Wächterrats, eines Rats, ohne dessen Zustimmung kein Gesetz in Kraft treten und kein Kandidat zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zugelassen werden kann. Djannatis Niederlage bedeutet einen herben Verlust für die Radikalisierung, die bereits bei den letzten Kommunalwahlen eine schwere Niederlage hinnehmen mussten.

Die Wahl Rafsandschanis hat sowohl bei den gemäßigten Konservativen als auch bei den Reformern neue Hoffnungen geweckt. Sie hoffen, bei den kommenden Parlamentswahlen im März nächsten Jah-

res die absolute Mehrheit der Radikallislamisten brechen und die Mehrheit im Madjles (Parlament) erobern zu können. Seit geraumer Zeit zeichnet sich ein Bündnis zwischen beiden Lagern ab. Der Reformler Mohammad Chatami, der konservative Pragmatiker Rafsandschani und der ehemalige konservative Parlamentspräsident Mehdi Karrubi, der allerdings immer wieder aus der Reihe tanzt, scheinen entsprechende Vereinbarungen getroffen zu haben. Ihr oberstes Ziel ist, zu retten, was von der verheerenden Politik der Regierung Ahmadinedschad noch heil geblieben ist, in der Innen- wie in der Außenpolitik.

Kann aber der 73-jährige Rafsandschani noch einmal die Zügel in die Hand nehmen, die Radikalen bremsen und einen gemäßigten Kurs erzwingen? Er hat zwar mit 41 Stimmen die Wahl zum Vorsitzenden der Expertenversammlung gewonnen, aber auch Djannati erhielt 33 Stimmen. Bei diesem Kräfteverhältnis wird er sich kaum größere Eskapaden leisten können. Dennoch bedeutet die Wahl eine starke Aufwertung seiner Position.

Rafsandschani zählt nach wie vor zu den mächtigsten Männern des schiitischen Staates. Neben dem Expertenrat leitet er den „Rat zur Feststellung der Staatsräson“, einen Rat, der bei Konflikten zwischen dem Parlament und dem Wächterrat das letzte Wort hat. Er gehörte zu den engsten Vertrauten des Ayatollah Chomeini. Nach der Machtübernahme der Islamisten 1979 wurde er Mitglied des Revolutionsrats, wenige Monate später Innenminister, danach Parlamentspräsident und während des Krieges gegen den Irak (1980-1988) Beauftragter des Revolutionsführers für die Führung der Streitkräfte. 1989 wurde er zum Staatspräsidenten gewählt und 1993 für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt. Der Gottesmann, der einst für ein Handgeld den Gläubigen himmlische Botschaften verkündete, besitzt inzwischen ein Vermögen, das auf mehr als eine Milliarde Dollar geschätzt wird.

Sein politischer Standort ist schwer auszumachen. Der gewiefte Taktiker ist wie ein Fisch, der einem aus der Hand gleitet, ein Pragmatiker, wenn es um den Erhalt seiner eigenen Macht und Interessen geht, ein fundamentalistischer Ideologe, wenn er seine Feinde bekämpft und ein Reformler, wenn er seine Basis schwinden sieht. Im Volksmund wird er die graue Eminenz ge-

nannt. Wenn es darauf ankommt, scheut er vor keinem Verbrechen zurück. Zahlreiche Mordattentate seien, so die vorherrschende Meinung im Volk, in seinem Auftrag ausgeführt worden. Ein Berliner Gericht sah es als erwiesen an, das er bei dem Attentat von 1992 im Berliner Lokal Mykonos, bei dem vier iranische Dissidenten ermordet wurden, zu den Auftraggebern gehörte. Auch bei der Planung der so genannten Kettenmorde von 1999 soll er mitgewirkt haben. Kein Wunder, dass er zu den am meisten verhassten Politikern im Land gehört.

Dennoch richten sich zur Zeit viele Blicke auf ihn. Man meint, im Vergleich zu Ahmadinedschad sei er das kleinere Übel. Wie auch immer, fest steht jedenfalls, dass der tobende Machtkampf im Iran um Ahmadinedschad und die Radikallislamisten immer engere Grenzen zieht. Lange werden sie sich nicht mehr an der Macht halten können. Es sei denn, sie wagen einen Militärputsch oder es gelingt ihnen, durch Provokation und Erzeugung neuer Krisen, die USA, Israel und die EU soweit herauszufordern, dass diese die Sanktionen gegen den Iran verstärken oder sich gar zu einem militärischen Abenteuer hinreißen lassen. Dann würden unter dem Vorwand der Verteidigung des Islams und des Vaterlands die Differenzen unter den Teppich gekehrt und jede Opposition als Vaterlandsverrat zum Schweigen gebracht werden.

Neuer Chef der Revolutionswächter

Revolutionsführer Ali Chamenei hat einen neuen Befehlshaber der einflussreichen Revolutionswächter (Pasdaran) ernannt. Wie der Sender Chabar am 2. September berichtete, ist der neue Chef General Mohammad Ali Djafari. Der bisherige Befehlshaber der paramilitärischen Organisation, General Ebrahim Safawi, wurde per Erlass zum Militärberater Chameneis bestellt. Neben den Streitkräften sind die Revolutionswächter die zweite bewaffnete Truppe in Iran. Nicht zahlenmäßig, wohl aber in ihrer sowohl militärischen als auch ihrer politisch-gesellschaftlichen Bedeutung stehen sie vor der regulären Armee. Sie gelten als Pfeiler des islamischen Gesellschaftssystems. Die meisten Kommandanten der Pasdaran stehen in enger Verbindung mit der Fraktion der Radikallislamisten.

Gründe für den Wechsel an der Spitze wurden offiziell bisher keine angegeben. Politische Beobachter bringen die Umbesetzung mit den Machtkämpfen innerhalb der konservativen Kreise in Verbindung.

Die Revolutionswächter mit schätzungsweise 130 000 Mann sind Teil der iranischen Streitkräfte. Sie haben eigene Heeres- und Marineeinheiten und sollen für das gesamte Raketenarsenal Irans verantwortlich sein. Unter einem gemeinsamen Generalstab sind sie mit der Armee verbunden, die etwa 420 000 Soldaten hat. Dazu kommen noch die so genannten Basidjis, die über mehrere Millionen Mitglieder verfügen und in Notfällen auch für militärische oder polizeiliche Aufgaben eingesetzt werden. Die Pasdaran, die auch wirtschaftlich eine wichtige Rolle spielen, sollen laut Beschluss des US-Senats von der US-Regierung auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt werden. (s. Bericht S. 13)

Djafari ging während seiner Rede bei der Übernahme seines neuen Amtes auch auf die Möglichkeit eines Angriffs gegen Iran durch die USA und Israel ein. Zwar pries er die militärische Stärke Irans an. Die Streitkräfte seien gut und mit modernsten Waffen ausgerüstet und in der Lage sich gegen jeden Angriff von außen zur Wehr zu setzen. Dennoch gab er zu, dass „die Feinde materiell und technologisch im Vorteil“ seien. „Deshalb müssen wir Kampfmethoden wählen, die uns ermöglichen, die technische Überlegenheit des Feindes zu überwinden“, zum Beispiel den asymmetrischen Krieg“, sagte Djafari. Der Erfolg dieser Kampfmethodik habe sich bei dem Krieg Israels gegen Libanon gezeigt.

Kein Ende der Hinrichtungswelle

Die Hinrichtungen in Iran nehmen kein Ende: Erneut sind am 27. September drei Männer öffentlich erhängt worden. Ein Gericht befand sie nach Angaben der iranischen Nachrichtenagentur IRNA für schuldig, binnen drei Jahren zwölf Mädchen vergewaltigt zu haben. Die Männer wurden im Stadion eines Ortes im Nordiran gehängt. Allein 2007 wurden in der Islamischen Republik laut IRNA mehr als 150 Menschen hingerichtet, meist öffentlich.

Die EU hatte sich Anfang August „tief besorgt“ über eine steigende Zahl von

Todesurteilen und Exekutionen geäußert. Die iranische Staatsführung wies die Vorwürfe als Einmischung in innere Angelegenheiten zurück.

Fernsehserie thematisiert Holocaust

Ein junger Iraner verliebt sich in eine französische Jüdin. Als der Zweite Weltkrieg ausbricht und die deutschen Truppen in Frankreich einmarschieren, ist er mit der Jüdin verheiratet und hat seine diplomatische Laufbahn begonnen. Die ersten Judendeportationen lösen bei ihm Entsetzen aus. Was tun? Er stellt gefälschte Pässe aus und verhilft zahlreichen Juden zur Flucht, damit sie den Gaskammern der Nazis entkommen.

Die 22-teilige Fernsehserie „Null Grad Äquator“ ist eine aktuelle iranische Produktion. Sie schlägt seit April Woche um Woche die iranischen Fernsehzuschauer in ihren Bann. Sie fordert zu Solidarität und Mitleid mit Juden auf, die der verbrecherischen Willkür der Nazis ausgesetzt waren. Die Serie ist nach all den Attacken von Ahmadinedschad, die in der sogenannten Holocaust-Konferenz gipfelten und auf der führende Neonazis und Holocaustleugner versammelt waren, höchst bemerkenswert. Bemerkenswert ist aber auch, dass die Heirat eines schiitischen Iraners mit einer Jüdin als selbstverständlich dargestellt wird. Neu für das iranische Fernsehen ist, dass sämtliche Frauen im Film ohne Schleier oder Kopftuch auftreten.

Der Film zeigt wieder einmal, wie widersprüchlich die iranische Gesellschaft ist. Wichtig ist festzustellen, dass das allgemeine Mitgefühl der Zuschauer für das Schicksal der Juden ein Indiz dafür ist, dass der Antisemitismus in Iran keine Basis hat, auch dann nicht, wenn Ahmadinedschad den Holocaust in Frage stellt, um im Westen Schlagzeilen zu machen.

Internetseite Baztab verboten

Das Büro der Internetseite Baztab wurde am 20. September nach mehrfachen Beschwerden der Regierung geschlossen. Während ihres fünfjährigen Bestehens wurde die Internetseite mehrmals kurzfristig verboten, das Verbot jedoch nach wenigen Tagen aufgehoben. Die Maßnahme gewinnt an Bedeutung, wenn man weiß, dass es sich bei Baztab um

eine stark konservative Internetseite handelt, die dem ehemaligen Kommandierenden der Revolutionsgarden, Mohsen Rezai, zugeschrieben wird. Rezai ist zurzeit Generalsekretär des „Rats zur Feststellung der Staatsraison“. Das Verbot von Baztab macht deutlich, wie weit die Machtkämpfe auch innerhalb des Lagers der Konservativen gediehen sind.

Die Betreiber von Baztab gaben die Schließung ihres Büros mit dem Satz bekannt: „Der Wunsch des Staatspräsidenten ging in Erfüllung, Baztab wurde geschlossen.“

Einige Parlamentsabgeordnete protestierten gegen das Verbot. Der Sprecher des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik, Kazem Djalali, sagte gegenüber der Presse: „Einige Abgeordnete haben in einem Schreiben an Justizchef Schahrudi die Aufhebung des Verbots gefordert.“ In dem Schreiben wiesen die Abgeordneten auf Umbesetzungen bei der staatlichen Agentur IRNA, das vorübergehende Verbot der Tageszeitung Siasat-e Rooz, Filterung der Agentur Kar und das Verbot von Baztab hin. Sie warnten die Regierung, durch solche Aktionen die Freiheit der Meinung und Information in regierungsnahen Blättern einzuschränken, die unabhängige Presse auszuschalten und damit die Öffentlichkeit noch mehr dazu zu treiben, Informationen bei Auslandsender einzuholen.

Auch der für inländische Medien zuständige Generaldirektor im Ministerium für Kultur und islamische Führung, Alaeddin Zohurian, forderte in einem Schreiben an das Verwaltungsgericht mit demselben Argument die Aufhebung des Verbots gegen Baztab. „In der gegenwärtigen Lage unseres Landes und in Anbetracht des zunehmenden Einflusses ausländischer Medien, ist es notwendig, dass die inländische Presse in ihren Aktivitäten unterstützt wird und die Menschen in unserem Land mit ausreichenden Informationen versorgt und damit gegen ausländische Propaganda gewappnet werden.“

Politische Beobachter führen das Verbot von Baztab auf die zunehmenden Kontroversen zwischen Rezai und Ahmadinedschad zurück. Darauf angesprochen, sagte Rezai, „es ist schon möglich, dass dies der Grund ist“. Die Kontroversen zwischen den beiden ehemaligen Mitgliedern der Revolutionwächter begann mit den Präsidenten-

schaftswahlen, bei denen sie, aus demselben Lager kommend, als Konkurrenten auftraten und Rezai Ahmadinedschad unterlag. Seit dieser Zeit veröffentlichte Baztab immer mehr zum Teil für Ahmadinedschad recht peinliche Internas aus dem Regierungslager.

Oliver Stone verschiebt Iran-Projekt

US-Regisseur Oliver Stone wird vorerst keinen Film über Irans Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad drehen. Stone würde dies „vielleicht in der Zukunft in Erwägung ziehen“, aber derzeit bereite er den Vietnamfilm „Pinkville“ vor, sagte Stones Sprecher Steven Rubenstein in New York am 9. September der Deutschen Presse-Agentur dpa. Weiter wollte sich Rubenstein zu dem Iran-Projekt nicht äußern. Ahmadinedschad hatte vor wenigen Tagen signalisiert, Stone unter bestimmten Bedingungen nun doch zu erlauben, einen Film über ihn zu drehen.

Zunächst müsse jedoch der Regisseur sein Drehbuch präsentieren und die Ziele seines Projekts erläutern, hatte der Kunstberater des Präsidenten, Jawad Schamakdari, in Teheran der iranischen Nachrichtenagentur Fars gesagt. Eine erste Anfrage des dreifachen Oscar-Gewinners Stone hatte Ahmadinedschad Anfang Juli noch abgelehnt.

In Vorbereitung für „Pinkville“ schaue sich Stone derzeit in Vietnam nach geeigneten Drehorten um, sagte Rubenstein der dpa. Der Film dreht sich um das Massaker von My Lai, bei dem amerikanische Soldaten im März 1968 in dem Dorf mehr als 300 vietnamesische Zivilisten töteten, darunter viele Frauen und Kinder.

Stone, einer der politischen Filmemacher Hollywoods, hat bereits Dokumentarfilme über den kubanischen Revolutionsführer Fidel Castro („Commandante“) und Palästinenserführer Jassir Arafat („Persona Non Grata“) gedreht. Unter anderem für seine Antikriegsfilme „Platoon“ und „Geboren am 4. Juli“ wurde er mit dem Oscar ausgezeichnet.

Gott und Mathe überzeugen Ahmadinedschad von Irans Sicherheit

Präsident Ahmadinedschad ist aufgrund seiner mathematischen Fähigkeiten und dem Wort Gottes davon überzeugt, dass sein Land nicht vom Westen angegriffen

werden wird. Skeptikern könne er zwei Gründe dafür nennen, sagte er einem Bericht der Zeitung „Etemad-e Melli“ zufolge am 3. September vor Studenten. „Erstens bin ich ein Ingenieur, ein Meister der Kalkulation und Tabellarisierung. Ich mache Pläne auf der Basis des Verstandes und der Beweisführung.“ Zweitens glaube er an das Versprechen Gottes, wonach diejenigen gewinnen würden, die sich auf dem richtigen Weg befänden.

Militärparade als Machtdemonstration

Im Hinblick auf Sanktions- und Kriegsdrohungen im Atomstreit mit Iran versuchten die iranischen Streitkräfte durch eine Militärparade am 22. September zu demonstrieren, dass sie gegen Angriffe von außen gewappnet und zum Gegenschlag fähig sind. Bei der jährliche Parade nahe Teheran ließ Präsident Ahmadinedschad Wagen mit Mittelstreckenraketen vorbeiziehen, die nach iranischen Angaben auch Israel und US-Militärbasen in der Region erreichen können. Der Chef der Revolutionswächter, Mohammad Ali Djafari, warnte vor einem Angriff auf Iran. Die Islamische Republik zögere nicht, die gezeigten Waffen auch gegen ihre Feinde einzusetzen.

Bei der Militärparade zum Gedenken an den iranisch-irakischen Krieg von 1980-1988 wurden Panzer und zahlreiche Waffen präsentiert, auch drei neue Saegh-Kampfjets aus iranischer Produktion donnerten über die Anwesenden. Eine der präsentierten Raketen – die Ghadr-1 mit einer Reichweite von 1300 Kilometern – soll zum ersten Mal öffentlich gezeigt worden sein.

„Iran ist eine einflussreiche Macht in der Region und in der Welt, und die Welt sollte wissen, dass sich diese Macht stets für Frieden, Stabilität, Beharrlichkeit und Gerechtigkeit eingesetzt hat“, sagte Ahmadinedschad zum Auftakt der Parade. Er forderte die USA auf, sich aus dem benachbarten Irak zurückzuziehen. „Die Präsenz illegitimer Kräfte in der Region ist der Grund für alle Drohungen und Meinungsverschiedenheiten“, sagte er. „Ihr Abzug wäre in ihrem Interesse sowie im Interesse der Region und der Sicherheit.“

Google gesperrt

In Iran ist die Suchmaschine Google und deren E-Mail-Dienst Dmail aus dem Internet verbannt worden. Dies gab der Sprecher des nationalen Informationsrats, Hamid Schahriari, am 17. September der halbamtlichen Nachrichtenagentur Mehr bekannt. Schahriari erklärte, dass die entsprechenden Websites ausgefiltert würden. Gründe für dieses Vorgehen nannte er nicht.

Die iranischen Behörden hatten bereits zuvor Zehntausende politische und pornographische Internetangebote gesperrt. Sie zwingen die Anbieter, für die Angebote in Iran entsprechende Filter einzubauen. Die Verbote erstrecken sich auch auf Websites, die den iranischen Behörden aufgrund geheimer Schlüsselwörter suspekt erscheinen.

II. Wirtschaft

Teheran will 1,5 Milliarden Dollar zusätzlich für Benzinimporte

Die iranische Regierung will das Parlament um zusätzliche 1,5 Milliarden Dollar für den Kauf von Benzin bitten. „Wir raffinieren derzeit 47 Millionen Liter Benzin pro Tag im Land und wir schätzen, dass wir 15 Millionen Liter zusätzlich pro Tag benötigen“ erklärte der Direktor der Gesellschaft für die Verteilung von Erdöl-Produkten, Ali Farahani, am 23. September der Agentur Mehr. Deshalb werde die Regierung dem Parlament bald einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen, um bis zum iranischen Jahresende (21. März 2008) weiteres Benzin importieren zu können, sagte Farahani, der dem Erdöl-Ministerium untersteht. Das Parlament hat bereits einem Budget von 2,5 Milliarden Dollar für Benzinimporte zugestimmt.

Iran als zweitgrößtes OPEC-Förderland und viertgrößter Ölproduzent kann den stark wachsenden Bedarf im eigenen Land nur zu etwa sechzig Prozent aus eigenen Ressourcen decken. Im vergangenen Jahr musste Kraftstoff im Wert von fünf Milliarden Dollar importiert werden. Die Regierung von Präsident Ahmadinedschad hatte deshalb am 26. Juni die Abgabe von Benzin an Privatpersonen für sechs Monate rationiert. Demnach stehen jedem Wagen nur noch 100 Liter Treibstoff pro Monat zur Verfügung. Für die Ferienzeit versprach Teheran seinen Bürgern 100 Liter zusätzlich.

Türkei will auf Erdgas aus Iran nicht verzichten

Die Türkei hat US-Forderungen zurückgewiesen, den Druck im Atomkonflikt mit Iran durch eine Unterbrechung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu erhöhen. „Niemand kann so etwas von uns verlangen, und die USA haben es auch nicht verlangt“, sagte Ministerpräsident Erdogan bei einer Pressekonferenz am 20. September. Die Türkei könne auf Erdgaslieferungen aus Iran nicht verzichten. Sie erzeuge 52 Prozent ihrer Energie aus dem Rohstoff und daher komme es nicht in Frage, die Beziehungen zu Hauptlieferanten wie Iran und Russland aufzugeben.

US-Vizeaußenminister Nicholas Burns hatte die türkische Regierung aufge-

fordert, dazu beizutragen, dass Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangt. „Iran ist nicht der einzige Staat, der Energie erzeugt. Die Gefahr einer möglichen atomaren Macht Iran ist so groß, dass jedes Land Opfer bringen muss“, sagte Burns.

USA warnen EU vor Iran als Gaslieferanten

Die US-Regierung hat europäische Unternehmen davor gewarnt, Iran als möglichen Lieferanten in das Gaspipelineprojekt Nabucco einzubeziehen. „Wir unterstützen Nabucco als wichtiges Element zur Diversifizierung der europäischen Energieversorgung. Aber nur ohne Iran“, sagte Matthew Bryza, für Energiefragen zuständiger Vizestaatssekretär im US-Außenministerium, der Financial Times Deutschland am 16. September. Bei der Planung eines ihrer wichtigsten energiepolitischen Projekte droht der Europäischen Union damit ein Interessenkonflikt mit den USA.

Die Pipeline mit einer vorgesehenen Länge von etwa 3300 Kilometer soll Erdgas aus dem kaspischen Raum und dem Nahen Osten nach Westeuropa bringen. Ziel ist es vor allem, unabhängiger von Russland als Lieferant und Transitland zu werden. Die USA haben nur indirekten Einfluss auf den Bau von Nabucco, könnten aber beteiligten Unternehmen mit Sanktionen drohen. Der österreichische Mineralölkonzern OMV handelte sich im Juni Ärger mit Washington ein, als er mit Iran über die Erschließung eines Gasfelds verhandelte.

Iran will Erdgasprojekt notfalls auch ohne Total umsetzen

Iran will das milliardenschwere Erdgasprojekt Pars nach eigenen Angaben auch ohne den französischen Energiekonzern Total fortführen. Das sei eine Botschaft für Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, sagte der iranische amtierende Ölminister Gholamhossein Nosari am 26. September. Total verhandelt mit Iran über den Bau des ersten Exportterminals für Flüssiggas.

Sarkozy hatte Total und das Erdgasunternehmen Gaz de France aufgefordert, nicht mehr im Iran zu investieren. Gleichzeitig verlangte er eine Verschärfung der internationalen Sanktio-

nen gegen das Atomprogramm der Islamischen Republik.

US-Gericht verurteilt Iran wegen Terroranschlags zu Milliardenzahlung

Ein US-Gericht hat Iran wegen eines Terroranschlags gegen amerikanische Soldaten im Libanon 1983 zur Zahlung von 2,65 Milliarden Dollar an die Hinterbliebenen verurteilt. Richter Royce Lamberth erklärte am 8. September, noch nie habe ein amerikanisches Gericht eine so hohe Strafe gegen ein anderes Land verhängt. Bei dem Selbstmordanschlag der Hisbollah waren vor 24 Jahren in Beirut 241 US-Soldaten getötet worden. Es war der schwerste Anschlag auf US-Einrichtungen vor dem 11. September 2001. Iran wird vorgeworfen, die Hisbollah zu unterstützen. Das Urteil ermöglicht es den Familien nun, die Beschlagnahme iranischer Vermögenswerte im Ausland anzustreben. Iran hat jede Verantwortung für das Attentat zurückgewiesen und auf die Zustellung der Klageschrift vor sechs Jahren nicht reagiert.

US-Abgeordnetenhaus für verschärfte Energiesanktionen gegen Iran

Das US-Abgeordnetenhaus hat am 26. September für verschärfte Sanktionen gegen Iran gestimmt. Der Beschluss sieht hauptsächlich vor, dass auf dem US-Markt vertretene ausländische Firmen, die mehr als 20 Millionen Dollar im iranischen Energiesektor investieren, künftig mit US-Sanktionen belegt werden. Das soll die Unternehmen von Geschäften abschrecken und als Folge die Teheraner Einkünfte durch den Energiehandel beschneiden.

Ein entsprechendes Gesetz ist in den USA schon seit 1996 in Kraft, aber es gab dem Präsidenten bisher die Möglichkeit, auf die Strafen zu verzichten. Diese Freiheit, von der US-Präsidenten bisher mit Rücksicht auf europäische Unternehmen stets Gebrauch gemacht haben, soll es nach dem Willen der Abgeordneten künftig nicht mehr geben. Experten erwarten, dass die Initiative in Europa Verärgerung auslösen wird. Dem Senat liegt ein ähnlicher Entwurf vor, über den aber noch nicht beraten worden ist.

Deutschland nicht mehr Irans führender Handelspartner

Deutschland ist nach fast drei Jahrzehnten nicht mehr führender Handelspartner Irans. Dies berichtete die Tageszeitung „Hambastegi“ am 3. September. China habe im letzten persischen Jahr – 21. März 2006 bis 20. März 2007 – mit einem Handelsvolumen von 15 Milliarden Dollar Deutschland überholt, zitierte das Blatt den iranischen Vizeaußenminister Ali Reza Scheich Attar. Scheich Attar nannte es selbstverständlich, dass Länder, „die Iran gegenüber ein besseres Verhalten haben“, wirtschaftlich bevorzugt werden. Er bezog sich dabei namentlich auf Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Die drei EU-Länder hatten im Atomstreit UN-Resolutionen und Sanktionen gegen Iran befürwortet.

III. Außenpolitik

Frankreich droht Iran mit Krieg

Frankreich müsse sich nach den Worten seines Außenministers Bernard Kouchner auf die Möglichkeit eines Krieges gegen Iran einstellen. Die Weltmächte sollten der Islamischen Republik mit weiteren Sanktionen klarmachen, dass es ihnen ernst damit sei, das Land vom Erwerb von Atombomben abzuhalten, sagte Kouchner am 17. September in einem Radio- und Fernsehinterview. Dennoch müsse sich das Land auf das Schlimmste vorbereiten. „Das Schlimmste ist Krieg“, fügte der Minister hinzu. Allerdings stehe dieser Fall seiner Meinung nach noch nicht kurz bevor. Frankreich wolle nichts anderes signalisieren, als dass Frieden im beiderseitigen Interesse sei.

Kouchner verneinte, dass sein Land an irgendwelchen Kriegsvorbereitungen beteiligt sei. Auf die Frage, ob er an einen US-Militärschlag gegen Iran vor dem Ende der Amtszeit von Präsident George W. Bush glaube, sagte Kouchner: „Ehrlich gesagt glaube ich nicht, dass wir dieses Stadium erreicht haben, überhaupt nicht. Zumindest hoffe ich das nicht.“

Die Äußerungen des französischen Außenministers lösten weltweit Erstaunen und zum Teil Entsetzen aus. Daraufhin versuchte Kouchner seine Äußerungen herunterzuspielen. Auch Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy erklärte, dass Frankreich keinen Krieg gegen Iran wolle, stellte aber zugleich in einem Fernsehinterview am 23. September klar, es sei nicht zu akzeptieren, dass Iran in den Besitz von Atomwaffen gelange. Die Situation sei schwierig. „Aber Frankreich will keinen Krieg.“ Er hoffe, dass eine Mischung von Diplomatie und Sanktionen Iran zur Aufgabe seines Atomprogramms bewegen könne, sagte Sarkozy.

Zeitschrift: Cheney wollte mit Intrigen Iran-Krieg herbeiführen

US-Vizepräsident Richard Cheney hat nach dem Bericht eines US-Politmagazins erwogen, die iranische Führung so zu provozieren, dass sie den USA einen Vorwand für einen Krieg liefert. Unter Berufung auf Aussagen von Cheneys früherem Berater David Wurmser berichtete Newsweek in seiner

am 24. September erschienenen Ausgabe, Cheney habe Israel zu Raketenangriffen auf iranische Atomanlagen überreden wollen. Wenn Iran dann zurückgeschlagen hätte, wäre das der Anlass für massive US-Angriffe auf militärische und atomare Ziele in dem Golfstaat gewesen. Wurmser hatte dies wenige Wochen vor seinem Rücktritt aus dem Cheney-Stab im August vor Zeugen gesagt.

Das stetige Abwandern neokonservativer Politiker aus der Regierung unter Präsident Bush habe jedoch die Aussichten auf die Durchsetzung eines solchen Plans in den vergangenen Wochen und Monaten geschmälert, berichtete Newsweek. Wurmser war dem Magazin gegenüber zu keinem Kommentar bereit.

El Baradei: Iran keine „unmittelbare Bedrohung“

Nach Ansicht von Mohammad El Baradei stellt Iran „keine unmittelbare Bedrohung für die internationale Gemeinschaft“ dar. Der Chef der Internationalen Atombehörde sagte dem italienischen Fernsehsender Rai am 20. September am Rande der IAEA-Generalversammlung in Wien, Iran habe zwar noch nicht alle Einzelheiten seines Atomprogramms enthüllt, bis jetzt sei aber keine versteckte radioaktive Substanz gefunden worden.

El Baradei sprach sich zugleich für die Fortsetzung des friedlichen Dialogs mit Iran aus. „Wir haben uns mit Teheran über den Zeitplan der Inspektionen zum iranischen Atomprogramm verständigt“, sagte er. Nur wenn es binnen zwei bis drei Monaten keine zufriedenstellenden Ergebnisse gebe, könne das „negative Konsequenzen“ haben.

Zuvor hatte US-Außenministerin Condoleezza Rice die Arbeit der Internationalen Atombehörde kritisiert. Die IAEA solle keine Diplomatie betreiben, sagte sie. Teheran nutze das Abkommen mit der Atombehörde lediglich, um damit mögliche Sanktionen des UN-Sicherheitsrats zu verzögern, sagte der US-Botschafter bei der IAEA, Greg Schulte, in Wien. Die iranische Regierung habe auch die Hauptforderung des UN-Sicherheitsrats nach einer Beendigung der Urananreicherung nicht erfüllt. In ungewöhnlich deutlicher Weise kritisierte auch die Washington Post El Baradei. Der IAEA-Chef habe sich politisch verselbständigt und ge-

he über seine Befugnisse hinaus, so der Vorwurf der Zeitung in ihrer Ausgabe vom 5. September.

El Baradei hat die Kritik an der jüngsten Vereinbarung mit Iran als Besserwisserei zurückgewiesen und den USA vorgeworfen, eine Medienkampagne gegen ihn zu steuern. Er fordere seine Kritiker auf, die Internationale Atomenergiebehörde den Kurs gegenüber Iran steuern zu lassen und bis November oder Dezember abzuwarten, ob Iran mit der UN-Organisation zusammenarbeite oder nicht, sagte El Baradei in Wien. Iran und die IAEA hatten im August einen Zeitplan verabredet, nach dem die Islamische Republik bis November Fragen zu ihrer Atompolitik beantworten soll. Die USA hatten moniert, damit habe sich Iran Zeit erkaufte.

El Baradei warf der US-Regierung vor, über die Medien gegen ihn mobil zu machen. Manche wollten den Plan noch bevor sie ihn gelesen hätten zu Fall bringen. Es gebe in den US-Zeitungen eine koordinierte Kampagne, um die Vereinbarung, die Behörde und ihn zu diskreditieren. Mit Blick auf mögliche Militäraktionen der USA sagte El Baradei, es gebe keine Beweise, dass Iran eine Gefahr darstelle, die über Diplomatie hinausgehende Mittel erfordere. „Diejenigen, die in der Bombardierung Irans die kurzfristige Lösung sehen, rühren die Kriegstrommeln. Das lässt mich schaudern, weil mich die Wortwahl an die Zeit vor dem Irak-Krieg erinnert.“

Laridschani: Iran setzt Uran-Anreicherung bei neuen Sanktionen fort

Iran will seine umstrittene Uran-Anreicherung auch dann fortsetzen, wenn der UN-Sicherheitsrat neue Sanktionen gegen das Land verhängen sollte. Dies sagte der Chefunterhändler im Atomstreit, Ali Laridschani, am 10. September im staatlichen Fernsehen. Auch die Zusammenarbeit mit Russland beim Bau des ersten iranischen Atomreaktors in Bushehr solle fortgesetzt werden, sagte Laridschani. Iran verhandle derzeit mit Moskau über ein Datum zur Fertigstellung des Atomkraftwerks, das von russischen Technikern gebaut wird.

„Die Einstellung ist unmöglich. Selbst wenn Sie noch zwei weitere Resolutionen beschließen, werden wir nicht aufhören“, sagte Laridschani am Vorabend

neuer Beratungen der IAEA an die Adresse westlicher Länder. „Auch bei einer neuen Resolution bleibt unsere Position die gleiche.“ Der Sicherheitsrat hatte im Streit um das iranische Atomprogramm am 24. März einstimmig schärfere Sanktionen gegen Iran verhängt.

„Die Diskussionen über Bushehr dauern an und vor ihrem Abschluss können wir nicht genau sagen, wann das Kraftwerk in Betrieb genommen wird“, sagte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Mohammad Ali Hosseini, über das im Bau befindliche Kraftwerk. Nach Angaben von Laridschani gibt es bereits eine Übereinkunft zwischen den Experten beider Länder über die Lieferung von Brennstoffelementen, die noch von den Staatsechfs abgesegnet werden muss. Beim kommenden Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin im Oktober solle über Bushehr gesprochen werden, erklärte der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki.

Russland hatte mit dem Bau der Anlage bereits 1995 begonnen. Die Fertigstellung hatte sich nach Angaben Moskaus wegen der schlechten Zahlungsmoral Irans verzögert. Iran hatte wiederum die USA beschuldigt, das Projekt zu behindern. Das Atomkraftwerk sollte ursprünglich im September ans Netz gehen. Bushehr soll der Grundpfeiler für das umstrittene iranische Atomprogramm werden, das nach Angaben von Teheran nur der Energiegewinnung dienen soll.

Hassan Rohanis Visite in Berlin

Der ehemalige iranische Verhandlungsführer bei den Atomgesprächen und Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Hassan Rohani, traf überraschend am 19. September in Berlin ein. Während seines eintägigen Besuchs führte er Gespräche mit dem Chef des Bundeskanzleramts, Thomas de Maizière, einigen Parlamentsabgeordneten und mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Über den Inhalt der Gespräche ist nichts bekannt.

Rohani, der nach der Amtsübernahme Ahmadinedschads durch Laridschani ersetzt wurde, gehört zu den schärfsten Kritikern der Atompolitik der neuen Regierung. Dementsprechend wird er von Radikalismlamisten stark angefeindet. Sein damaliger Stellvertreter und ehemaliger Botschafter Irans in der Bundesrepublik, Hossein Mussavian, wird

zur Zeit unter dem Vorwurf der Spionagetätigkeit und Weitergabe geheimer Informationen an ausländische Geheimdienste gerichtlich verfolgt.

Umso erstaunlicher ist nun Rohanis Besuch in Berlin. Agenturen zufolge hatte Rohani auch einen Besuch in Brüssel und ein Gespräch mit Javier Solana geplant, die aber offensichtlich auf Intervention Teherans kurzfristig abge sagt wurden. Während Rohani sich in Berlin aufhielt, erklärte Irans Regierungssprecher Hossein Elham, Rohanis Reise sei nicht im Auftrag der Regierung erfolgt und stehe in keinem Zusammenhang mit den offiziellen Atomverhandlungen.

Mehr US-Verbündete im neuen IAEA-Gouverneursrat

In den Gouverneursrat der UN-Atombehörde IAEA sind am 20. September elf neue Mitglieder aufgenommen worden, darunter mehrere US-Verbündete. Irland, die Philippinen und Saudi-Arabien rücken in das Leitungsgremium der Internationalen Atombehörde (IAEA) auf, gleichzeitig endet das Mandat von Staaten wie Kuba und Syrien, die Washington gegenüber kritisch eingestellt sind. Diplomaten erwarten, dass die Bemühungen der USA um eine Verurteilung Irans im Streit um dessen Atomprogramm zur Urananreicherung durch die neue Zusammensetzung des Gouverneursrats erleichtert würden.

Im Gouverneursrat sind 35 Staaten vertreten, die jährlich zu etwa einem Drittel ausgetauscht werden. Russland und die USA sind dort ständig vertreten.

Deutschland gerät im iranischen Atomstreit in die Zwickmühle

Wie aus Regierungskreisen in Berlin verlautet, möchte Deutschland im iranischen Atomstreit keinen Konflikt mit den USA und Frankreich, die ein härteres Vorgehen gegen Iran fordern, aufkommen lassen. Berlin sieht durch die Eskalation des Konflikts seine Wirtschaftsinteressen bedroht. Einem Bericht des Nachrichtenmagazins Spiegel zufolge, bereitet sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier offenbar auf eine Auseinandersetzung mit Paris und Washington vor.

Laut Spiegel wappnet sich Steinmeier als Argumentationshilfe mit pikanten Informationen aus der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes für die Iran-Gespräche der nächsten Wochen. Sie sollen zeigen, dass die Hardliner USA und Frankreich im Iran-Geschäft hinter ihren Sanktionsansprüchen zurückbleiben.

So sollen mehrere französische Unternehmen aus der Auto-, Energie- und Finanzbranche (unter anderen Peugeot, Renault, Total, BNP Paribas, Societé Générale) nahezu unverändert Geschäfte mit Teheran machen, während deutsche Exporte nach Iran dramatisch zurückgingen. Brisant seien auch die Indizien zum Verhalten amerikanischer Firmen. Einige sollen den seit 1979 währenden Boykott gegen Iran unterlaufen, indem sie ihre Geschäfte über Briefkastenfirmen in Dubai abwickelten.

Schon länger hielten deutsche Politiker intern den Amerikanern vor, dass sie dies stillschweigend duldeten. Die Präsenz von Microsoft-Programmen, Caterpillar-Baggern sowie der Marken Pepsi- und Coca-Cola in Teheran sei unübersehbar. Die unterschiedlich strenge Umsetzung von Sanktionen bewirke eine Benachteiligung Deutschlands, hieß es.

Trotz dieser Position erklärte das Außenministerium in Berlin, im iranischen Atomkonflikt halte sich die Bundesregierung offen. Deutschland sei bereit, auch weitere „notwendige Schritte“ mitzutragen, sagte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Martin Jäger, am 14. September in Berlin. Als „Unfug von vorn bis hinten“ wies er einen US-Medienbericht zurück, wonach die Bundesregierung den Verbündeten signalisiert habe, sie lehne die von Washington geforderten weiteren Strafmaßnahmen ab. Laut dem vom AA demontierten Bericht des US-Fernsehsenders Fox hat die deutsche Seite die Unterstützung für schärfere Sanktionen gegen Iran zurückgezogen. Als Konsequenz daraus erwäge Washington nun ernsthaft einen „Blitzschlag“ gegen iranische Nuklearanlagen.

Der AA-Sprecher verwies darauf, dass Berlin bereits die beiden ersten Resolutionen des UN-Sicherheitsrats unterstützt habe. Zudem habe Deutschland seinen Wirtschaftsverkehr mit Iran inzwischen deutlich reduziert. So hätten sich drei deutsche Banken aus Geschäften mit Iran zurückgezogen. Der Handel

mit Iran sei „signifikant“ zurückgegangen und die staatlichen Hermes-Exportbürgschaften seien entsprechend zurückgefahren worden.

Zu Berichten, wonach der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy in Abkehr von der bisherigen Linie seines Landes auf verschärfte europäische Sanktionen auch außerhalb des UN-Sicherheitsrats drängt, sagte Jäger, ihm sei ein solcher offizieller Vorschlag nicht bekannt. Auch beim EU-Außenministertreffen in Portugal sei eine solche Initiative von Paris nicht angesprochen worden. Als „hypothetisch“ bezeichnete Jäger die möglichen Konsequenzen für den Fall, dass eine neue Resolution im Sicherheitsrat nicht zu Stande kommen würde. Regierungssprecher Ulrich Wilhelm bestätigte, dass beim Treffen von Kanzlerin Merkel und Sarkozy auf Schloss Meseberg über die Iran-Sanktionen gesprochen worden sei. Die Bundesregierung gehe davon aus, dass es mit Blick auf den Sicherheitsrat bei dem geplanten Ablauf bleibe.

Auf der UN-Vollversammlung forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel die internationale Staatengemeinschaft zur Kraftanstrengung auf, um die Nuklearambitionen Irans in die Schranken zu weisen. Sollte Iran im Streit um sein Atomprogramm nicht einlenken, werde sich Deutschland „entschieden für weitere, schärfere Sanktionen“ gegen das Land einsetzen, sagte Merkel am 26. September in New York. Die internationale Staatengemeinschaft dürfe sich in ihrer Reaktion auf „die Provokationen Irans“ nicht spalten lassen, forderte die Kanzlerin. Niemand solle sich Illusionen über die Brisanz des iranischen Atomprogramms machen, betonte Merkel. „Wenn der Iran in den Besitz der Atombombe käme, dann hätte dies verheerende Folgen“ für die Existenz Israels, aber auch über Israel hinaus. Iran stoße „unverhohlene Drohungen“ gegen das Land aus. Die Sicherheit Israels sei für Deutschland „niemals verhandelbar“, unterstrich Merkel.

US-Senat will Irans Revolutionsgarden als Terroristen einstufen

Einen Tag nach dem US-Repräsentantenhaus hat auch der US-Senat dafür gestimmt, die iranischen Revolutionsgarden als Terroristenorganisation einzustufen. Ein entsprechender Antrag wurde am 27. September mit

76 Ja- zu 22 Nein-Stimmen verabschiedet. Sollte die US-Regierung die Einstufung verabschieden, würde sie den Weg für Wirtschaftssanktionen gegen die Truppen und zu ihnen gehörende Unternehmen frei machen. Armeeangehörige und Abgeordnete werfen den Revolutionsgarden vor, schiitische Kämpfer im Irak mit Waffen zu versorgen sowie Bomben ins Land zu liefern, mit denen US-Soldaten getötet werden.

Die Regierung von US-Präsident Bush hatte im August angekündigt, die Revolutionsgarden oder Teile davon auf die Liste der Terrororganisationen zu setzen, auf der sich bereits unter anderem das El Kaida-Netzwerk und die Hisbollah befinden.

Nun sind die Revolutionsgarden nicht eine militante oder terroristische Gruppe, die im Untergrund arbeitet. Ursprünglich als eine Art Volksmiliz gegründet, gehören sie heute zur regulären iranischen Armee. Zudem gehören sie zu den wichtigsten Unternehmen des Landes und pflegen weitreichende Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland. Demnach wird eine Einstufung der Revolutionsgarden als terroristische Organisation zu erheblichen Komplikationen in den ohnehin komplizierten Beziehungen zwischen Teheran und Washington führen.

Der iranischen Außenamtssprecher Mohammad Hussein bezeichnete die Entscheidung als „erstaunlich, ungewöhnlich, aber wertlos“, denn würde man sie ernst nehmen, könnte in Zukunft jedes Land ohne Rücksicht auf internationale Vereinbarungen Staatsorgane anderer Länder als terroristisch einstufen. Die Feindschaft gegen die Revolutionsgarden sei gleichzusetzen mit der Feindschaft gegen den iranischen Staat.

Ahmadinedschad in New York

Der dreitägige New-York-Besuch des iranischen Präsidenten zur Teilnahme an der UN-Vollversammlung hat viel Wirbel, Proteste und Demonstrationen ausgelöst. Nach seiner Ankunft protestierten in der Nähe des UN-Hauptquartiers und der Columbia-Universität Tausende Demonstranten gegen den Besuch. Gegen seine Einladung an die Columbia-Universität waren US-Politiker, darunter auch Kandidaten für das Weiße Haus 2009, und religiöse Gruppen Sturm gelaufen. Jüdische Orga-

nisationen hatten im Vorfeld des Besuchs gefordert, Ahmadinedschad die Einreiseerlaubnis zu verweigern.

Die „New York Post“ forderte Ahmadinedschad auf ihrer Titelseite auf: „Geh zum Teufel“. Mehrere Parlamentarier kritisierten, dass Ahmadinedschad überhaupt die Einreise in die USA erlaubt worden sei. Sein Auftritt an der Columbia-Universität wurde mit Buhrufen und heftiger Kritik quittiert. Der Rektor der Universität, Lee Bollinger, griff bei der Begrüßung des Gastes den Präsidenten in einem für diplomatische Gepflogenheiten einmalig scharfen Ton an. „Herr Präsident, Sie zeigen alle Anzeichen eines engstirnigen und grausamen Diktators“, sagte Bollinger. Wenn Ahmadinedschad den Holocaust leugne, sei er entweder „schamlos provokativ oder erstaunlich ungebildet“. Damit könne er vielleicht Ungebildete und Unwissende täuschen. „Wenn Sie aber an einen Ort wie diesen kommen, machen Sie sich (damit) einfach lächerlich. Der Holocaust ist das am meisten dokumentierte Ereignis in der Menschheitsgeschichte.“

Bollinger warf Ahmadinedschad brutales Vorgehen gegen Intellektuelle und Homosexuelle im Land vor. Er bezweifle, dass Ahmadinedschad die „intellektuelle Courage“ besitze, ihm Rede und Antwort zu stehen, sagte Bollinger.

Ahmadinedschad wies Bollingers Einführung als Beleidigung zurück. Der Uni-Präsident stehe unter dem Einfluss „der feindseligen US-Presse und -Politik“. Er wolle sich nicht „von dieser unfreundlichen Behandlung“ beeinflussen lassen. Die Studenten quittierten seine Äußerungen mit Geheul und Buhrufen. Unter anderem sagte Ahmadinedschad, in Iran gebe es keine Homosexuellen: „In Iran kennen wir dieses Phänomen nicht - keine Ahnung, wer Ihnen so etwas erzählt hat.“ Er betonte, sein Land verfolge keine Pläne für die Entwicklung und den Bau von Atomwaffen, habe aber das Recht, Atomenergie zu friedlichen Zwecken zu nutzen. „Die Atombombe hat keinen Nutzen. Die Zeit der Bombe ist vorbei“, betonte der Präsident.

Über den Holocaust sagte er: „Ich sage nicht, dass es überhaupt nicht geschehen ist (...) Ich sagte, mal angenommen, es wäre passiert, was hat das mit den Palästinensern zu tun?“ Den Standpunkt seiner Regierung zu Israel erläuterte er bei einem Treffen mit einer jüdi-

schen Gruppe, die gegen den Staat Israel ist. Iran erkenne Israel nicht an, „weil es auf Besatzung und Rassismus basiert“, sagte er. „Es greift ständig seine Nachbarn an. Es tötet Menschen. Es vertreibt sie aus ihren Häusern.“ Zur US-Politik sagte Ahmadinedschad. „Wir sind gegen die Art und Weise, wie die US-Regierung die Welt organisieren will. Wir sind überzeugt, dass diese Methode falsch ist, sie führt zu Krieg, Diskriminierung und Blutvergießen.“

Den Vorwurf, dass Teheran Terroristen und Milizen im Nachbarland Irak mit Waffen ausstatte, hatte Ahmadinedschad schon zuvor bei einer Pressekonferenz zurückgewiesen. „Das stimmt nicht“, beharrte er. Das US-Militär versuche mit dem Vorwurf nur, seine Niederlage im Irak zu vertuschen und die Schuld auf andere, vor allem auf Iran, zu schieben.

Zu den Spannungen zwischen den USA und seinem Land meinte Ahmadinedschad in einem Fernsehinterview, dass er keinen bewaffneten Konflikt kommen sehe. „Es zeichnet sich kein Krieg ab. Warum sollten wir Krieg führen?“. Anderslautende Berichte kanzelte er als „psychologische Kriegsführung“ ab.

Vor dem Universitätsgelände hatten sich wütende Demonstranten versammelt. Ein Demonstrant rief: „Stoppt Ahmadinedschad, den Hitler Irans.“

Auszüge aus der Rede Ahmadinedschads vor der UN-Vollversammlung

Nachfolgend Auszüge aus dem Wortlaut der Rede Ahmadinedschads auf der UN-Vollversammlung am 26. September. Die Auszüge basieren auf der englischen Übersetzung. Wir haben sie einer Meldung der AP Deutschland entnommen.

„Unglücklicherweise werden die Menschenrechte von gewissen Mächten in weitreichendem Maße verletzt, besonders von jenen, die behaupten, ihre alleinigen Verfechter zu sein. Die Einrichtung von Geheimgefängnissen, die Entführung von Personen, Prozesse und geheime Strafen ohne Beachtung der Rechtsstaatlichkeit, das umfangreiche Abhören von Telefongesprächen, das Abfangen von privater Post, häufige Vorladungen bei der Polizei und Sicherheitseinrichtungen sind weit verbreitet und allgegenwärtig geworden.“

„Sie benutzen verschiedene Vorwände, um fremde Staaten zu besetzen, um Unsicherheit und Spaltung zu verbreiten, und nutzen dann diese Situation als Entschuldigung für ihre anhaltende Besetzung. Seit mehr als sechzig Jahren wird Palästina als Entschädigung für die Verluste während des Zweiten Weltkriegs in Europa vom illegalen zionistischen Regime besetzt.“

„Der Irak wurde unter dem Vorwand des Sturzes eines Diktators und der Existenz von Massenvernichtungswaffen besetzt. Der irakische Diktator wurde von denselben Besatzern unterstützt, von denen er gestürzt wurde, und Massenvernichtungswaffen wurden keine gefunden, aber die Besetzung dauert unter anderen Vorwänden an. Es vergeht kein Tag, an dem Menschen nicht getötet, verwundet oder vertrieben werden, und die Besatzer weigern sich nicht nur, für ihr Abenteuer verantwortlich gemacht zu werden und beschämt darüber zu sein, sondern sie sprechen von einem neuen Markt für ihre Waffen als Ergebnis ihres militärischen Abenteurers.“

„Einige Mächte opfern alle menschlichen Werte wie Ehrlichkeit, Reinheit und Vertrauen, um ihre Ziele zu erreichen. Sie propagieren Skepsis und Betrug in den Beziehungen zwischen den Staaten und den Menschen. Sie lügen offen, bringen haltlos Vorwürfe gegen andere vor, handeln entgegen den rechtlichen Normen und beschädigen das Klima des Vertrauens und der Freundschaft.“

„In den vergangenen beiden Jahren haben arrogante Mächte den Sicherheitsrat missbraucht und Iran wiederholt beschuldigt und sogar militärische Drohungen und illegale Sanktionen gegen ihn verhängt. Aber dank des Glaubens an Gott und der nationalen Einheit hat sich Iran Schritt für Schritt weiterentwickelt, und jetzt ist unser Land anerkannt als eines, das die Fähigkeit zur industriellen Brennstoffproduktion für friedliche Zwecke hat.“

„Glücklicherweise hat die IAEA in jüngster Zeit versucht, ihrer Rolle als Unterstützerin der Rechte der Mitglieder gerecht zu werden, während sie die atomaren Aktivitäten überwacht. Wir betrachten dies als richtigen Ansatz der Behörde. Zuvor bestand sie illegalerweise darauf, den iranischen Atomfall zu politisieren, aber heute, dank des Widerstands der iranischen

Nation, ist die Frage wieder bei der Behörde, und ich erkläre offiziell, dass unserer Ansicht nach die Atomfrage geklärt und wieder eine gewöhnliche Angelegenheit der Behörde ist.“

New Yorker Polizei verwehrt Ahmadinedschad Besuch an Ground Zero

Die New Yorker Polizei hat dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad einen Besuch am früheren Standort des World Trade Center, Ground Zero, verwehrt. „Das Gelände ist wegen der dort stattfindenden Bauarbeiten für Besucher geschlossen“, teilt ein Polizeisprecher am 20. September mit. Zudem sprächen Sicherheitsbedenken gegen einen Besuch des Politikers am Ort der Zwillingstürme, die bei den Anschlägen vom 11. September 2001 eingestürzt waren.

US-Präsidentschaftskandidaten aus beiden Lagern kritisierten das Ansinnen des iranischen Präsidenten. Ahmadinedschad weigerte sich, dem Terrorismus und der Unterstützung von Extremisten abzuschwören, sagte die Demokratin Hillary Clinton. Deshalb dürfe nicht zugelassen werden, dass er den Ort des schwersten Terroranschlags auf die USA besuche. Der Republikaner und New Yorker Ex-Bürgermeister Rudy Giuliani warf Ahmadinedschad vor, Al-Kaida Anhängern Schutz zu bieten und Aufständische im Irak zu unterstützen. „Ahmadinedschad bei einem Besuch von Ground Zero – heiligen Boden für alle US-Bürger – zu helfen, wäre empörend“, sagte er. Auch der US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Zalmay Khalilzad, unterstützte die Absage der New Yorker Polizei.

US-Stützpunkt an iranischer Grenze

Die US-Streitkräfte im Irak bereiten einem Zeitungsbericht zufolge die Errichtung eines Militärstützpunktes an der Grenze zu Iran vor. Mit der Basis solle die Lieferung iranischer Waffen an schiitische Extremisten im Irak eingedämmt werden, berichtete das „Wall Street Journal“ am 10. September in seiner Internetausgabe. „Die iranische Einmischung macht uns Sorge und wir müssen sie stoppen“, zitierte die Zeitung US-Generalmajor Rick Lynch. Der Stützpunkt solle mindestens zwei Jahre in Betrieb bleiben. Zugleich plane die US-Armee die Einrichtung befestigter Kontrollposten an den Haupt-

straßen, die von Iran in die irakische Hauptstadt Bagdad führen.

Chamenei vergleicht Bush mit Hitler und Saddam

Irans Revolutionsführer Ali Chamenei hat US-Präsident George W. Bush mit Adolf Hitler und Saddam Hussein verglichen. Es werde der Tag kommen, an dem Bush ähnlich wie Hitler oder der frühere irakische Diktator Saddam Hussein vor ein Kriegsgericht gestellt und zur Rechenschaft gezogen werde, sagte Chamenei beim Freitagsgebet in Teheran.

Bush müsse dabei eine einfache Frage beantworten, erklärte Chamenei. „Warum hat ein reiches Land wie der Irak kein Wasser, keinen Strom, keine Krankenhäuser und keine Schulen? Das einzige, was die Amerikaner in den Irak gebracht haben, ist der Terrorismus“ kritisierte Chamenei.

US-Soldaten nahmen einen Iraner im Irak fest

Amerikanische Soldaten haben nach Angaben der kurdischen Sicherheitskräfte am 20. September in der nordirakischen Kurden-Stadt Suleimaniya einen Angehörigen einer iranischen Handelsdelegation festgenommen. Der Generaldirektor von Suleimaniya, Seif al-Din Ahmad, berichtete, 20 US-Soldaten seien am Morgen in das Hotel Suleiman Palace eingedrungen. Sie hätten den Iraner abgeführt, der sich bereits seit mehreren Tagen auf Einladung der Provinzverwaltung in Suleimaniya aufgehalten hätte.

Die US-Armee erklärte dagegen, amerikanische Soldaten hätten in Suleimaniya einen Offizier der El-Kuds-Brigade der iranischen Revolutionswächter abgeführt. Der Offizier sei „trotz der jüngsten diplomatischen Initiativen“ am Transport von Sprengsätzen und panzerbrechender Munition aus Iran in den Irak beteiligt gewesen. Die El-Kuds-Brigade sei „der bewaffnete, verlängerte Arm der iranischen Regierung, der bei der Durchführung tödlicher Angriffe gegen die irakische Regierung und die Koalitionstruppen Hilfestellung leistet“. Die USA und Iran hatten im vergangenen Mai in Bagdad einen Dialog über Sicherheitsfragen auf Botschafterebene begonnen.

In der nordirakischen Provinz Suleimaniya, die zum Autonomiegebiet der Kurden gehört, halten sich oft iranische Geschäftsleute auf. Iran ist ein wichtiger Handelspartner für die Menschen in der Provinz.

Iran hat gegen die Festnahme scharf protestiert. Der iranische Botschafter in Bagdad habe dem irakischen Außenministerium ein entsprechendes Schreiben übermittelt, erklärte das iranische Außenministerium in Teheran. Dieses Vorgehen der US-Truppen verletze internationale Konventionen und ziele darauf ab, die Beziehungen zwischen Iran und dem Irak zu zerstören. Der festgenommene Mann sei Mitglied einer Delegation gewesen, die sich auf Einladung der örtlichen Behörden in Suleimaniya aufhielt. Der Mann sei beim Gouverneur der westiranischen Provinz Kermanschah für den „grenzüberschreitenden Austausch“ mit dem Irak verantwortlich.

Der Gouverneur Abdol Madjid Ghafuri forderte laut halbamtlicher Nachrichtenagentur Fars die Freilassung seines Mitarbeiters innerhalb von 24 Stunden. Andernfalls werde er die Beziehungen der Provinz Kermanschah zu den kurdischen Gebieten im Nordirak aussetzen.

Indes hat Iraks Präsident Dschalal Talabani die USA zur Freilassung des Festgenommenen aufgefordert. Die US-Armee habe vor der Festnahme nicht mit der kurdischen Provinzregierung Rücksprache gehalten, erklärte Talabani am 22. September in Bagdad. Dies komme einer Beleidigung der örtlichen Behörde gleich.

Iran schließt Grenze zum Irak

Iran hat nach kurdischer Darstellung die Grenze zum Irak geschlossen. Die Führung in Teheran protestiere damit gegen die Festnahme eines Iraners durch US-Soldaten, erklärte der irakisch-kurdische Handelsminister Mohammad Rauf am 24. September. Mindestens vier Kontrollpunkte seien dicht gemacht worden. Es sei nur noch ein Übergang offen. Der Schritt des Nachbarlands koste der Region infolge gestiegener Treibstoff- und Lebensmittelpreise täglich eine Million Dollar.

NATO-Truppen beschlagnahmen iranische Waffen in Afghanistan

Die in Afghanistan stationierten NATO-Truppen haben nach einem Bericht der Tageszeitung „Washington Post“ vom 16. September eine Lieferung iranischer Waffen für die aufständischen Taliban beschlagnahmt. Unter Berufung auf anonyme Vertreter der NATO-geführten Schutztruppen ISAF berichtete das Blatt, darunter seien auch Bomben gewesen, die Fahrzeugpanzerungen durchschlagen und sich dadurch als besonders zerstörerisch bei Anschlägen erwiesen hätten. Es sei das dritte Mal in diesem Jahr, dass eine solche Lieferung aus Iran abgefangen worden sei. Dieses Mal habe es sich um besonders viele Waffen gehandelt, sagte ein ISAF-Vertreter dem Bericht zufolge.

Ein führender iranischer Regierungsvertreter wies die Angaben zurück, wie die Zeitung weiter berichtete. „Wir haben kein Interesse an Instabilität im Irak oder in Afghanistan“, sagte der Sprecher, dessen Namen nicht genannt wurde. Zu den Taliban hatte die iranische Führung schon immer ein gespanntes Verhältnis. Teheran unterstützte seinerzeit die Nordallianz gegen die Taliban.

Venezuela und Iran: engere Kooperation

Venezuela und Iran haben eine engere Zusammenarbeit vereinbart und erneut dem „Imperialismus“ den Kampf angesagt. Beim dritten Staatsbesuch von Ahmadinedschad in Caracas innerhalb von gut einem Jahr wurden Abkommen über Zusammenarbeit im Bereich der Petrochemie und der Produktion von Autoteilen unterzeichnet. Venezuelas Präsident Hugo Chávez bezeichnete den Gast aus Iran beim Treffen im Regierungspalast als „großen Kämpfer gegen den Imperialismus und für den Frieden“.

Ahmadinedschad sprach seinerseits vom „Ende der Ausbeutung und des Imperialismus“ sowie von „sicheren Zeichen eines Aufwachens und einer Revolution, die verschiedene Völkern der Welt vereint“. Durch ihre Zusammenarbeit bündelten die Völker Venezuelas und Irans ihre Macht. Ahmadinedschad hatte aus New York kommend auch kurz den linksgerichteten bolivianischen Staatschef Evo Morales besucht.

Venezuela und Iran haben in jüngster Zeit nicht weniger als 164 Kooperationsverträge unter anderem zur Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Industrie, Handel und Wohnungsbau unterzeichnet. Die Präsidenten beschlossen erst Anfang des Jahres außerdem die Schaffung eines Fonds in Höhe von zwei Milliarden Dollar zu beschleunigen, mit dem Länder unterstützt werden sollen, die sich vom „Joch des Imperialismus“ befreien wollen. Beide Länder sind auch Partner in der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC).

Menschenrechtspreis für Zarafschan

Der iranische Rechtsanwalt Nasser Zarafschan ist mit dem diesjährigen Menschenrechtspreis des Deutschen Richterbundes ausgezeichnet worden. Der sechzigjährige Jurist habe über Jahrzehnte und verschiedene politische Regimes hinweg für die Verwirklichung der Menschenrechte gekämpft. Hierfür sei er auch viele Jahre in Haft gewesen, so der Richterbund bei der Preisverleihung am 18. September auf dem Deutschen Richter- und Staatsanwaltstag in Würzburg.

Zarafschan war nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Amnesty International im Jahr 2000 verhaftet worden, nachdem er in einem Prozess um Serienmorde an kritischen Schriftstellern und Publizisten die Interessen der Familien der Mordopfer vertreten hatte. Dabei hatte er vor der Verhandlung darauf aufmerksam gemacht, dass wichtige Informationen aus den Gerichtsakten verschwunden waren.

Im März 2000 wurde er von einem Militärgericht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem verlor er seine Zulassung als Rechtsanwalt. Während seiner Haft forderte er ein Referendum über die Struktur der iranischen Regierung und die Errichtung eines weltlichen Staates mit einer Verfassung, die im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte steht. Seit März diesen Jahres ist Zarafschan wieder auf freiem Fuß.

Der 1991 ins Leben gerufene Preis wird alle zwei Jahre an Juristen vergeben, die unter Einsatz von Leben, Gesundheit oder persönlicher Freiheit für die Verwirklichung der Menschenrechte in ihrem Heimatland gekämpft haben.